

Japan ist ein Spiegel für Einwanderungsländer

Der langfristige Bevölkerungsschwund stellt viele Demokratien vor grosse Herausforderungen – und erfordert grundlegende Entscheidungen. Tokio macht vor, wie eine Entwicklung mit wenig Immigration aussehen kann. Gastkommentar von Jürg Hartmann



Trotz Bevölkerungsrückgang wächst die japanische Wirtschaft pro Kopf. Blick aus einem Hochhaus auf Tokio.

DOMINIC NAHR / NZZ

Mit der Nachhaltigkeitsinitiative der SVP stand am 14. Juni nur vordergründig eine Volksabstimmung über eine Bevölkerungshöchstgrenze zur Debatte. Letztlich wurde vielmehr die entscheidende, aber von beiden Seiten kaum eingehender thematisierte Frage nach einem künftigen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell der Schweiz aufgeworfen. Vor derselben Frage stehen auch viele andere etablierte, sozialstaatlich ausgebaute liberale Demokratien, deren ständige Bevölkerung, wie in der Schweiz, ohne substanziellere Zuwanderung stagnieren oder abnehmen würde.

Für die betroffenen Länder stellt sich letztlich die Frage: Soll bei überalternder, stagnierender oder selbst abnehmender Bevölkerung ein Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell angestrebt werden, das geringere (gesteuerte und kontrollierte) Immigration mit einem primär qualitativen Wachstum kombiniert? Wesentlich ist, ob dabei eine vertretbare Wohlstandszunahme gemessen am realen BIP-Wachstum pro Person erzielt werden kann – wie dies die Befürworter der Initiative behaupteten und die Gegner grundsätzlich verneinten. Oder soll stattdessen ein substanzielleres (kaum gesteuertes und kontrolliertes) zuwanderungsgetriebenes Bevölkerungswachstum verfolgt werden – und ein primär quantitatives Wirtschaftswachstum?

Japan liefert in diesen Fragen hervorragendes Anschauungsmaterial. Das Land, ein traditionell immigrationsfeindlicher, relativ wohlhabender Inselstaat mit überalterter und abnehmender Bevölkerung, zeigt den Weg auf. Seit dem Jahr 2010 kombiniert es ein primär qualitatives Wirtschaftswachstum mit geringer Nettozuwanderung. Japan demonstriert, dass mit zielführenden staatlichen Massnahmen, Programmen und Anreizen, wie dem von der Regierung im Jahr 2016 erarbeiteten Konzept «Society 5.0», ein solches Gesellschaftsmodell im gegebenen Umfeld möglich ist.

Die ständige Bevölkerung des Landes reduzierte sich in den letzten 15 Jahren um rund 4 Prozent von

Die negativen Auswirkungen einer übermässigen Zuwanderung werden kaum durch eine erhöhte, mit Breitenwachstum ermöglichte wirtschaftliche und militärische Potenz aufgewogen.

128 Millionen auf 123 Millionen. Die Zuwanderung blieb dabei gering, sie erreichte im Durchschnitt lediglich 170 000 Personen pro Jahr, das entspricht 0,13 Prozent der Gesamtbevölkerung. Im selben Zeitraum reduzierte sich die erwerbstätige Bevölkerung um eine Million – mit einem durchschnittlichen jährlichen Rückgang von rund 70 000 Personen. Dennoch erzielte Japan in dieser Zeit ein, allerdings bescheidenes, reales BIP-Wachstum von 10 bis 12 Prozent. Das ergibt ein durchschnittliches jährliches reales BIP-Wachstum von 0,6 bis 0,8 Prozent.

«Society 5.0»

Das BIP-Wirtschaftswachstum wurde entscheidend durch staatlich geförderte Produktivitätserhöhungen unter dem Konzept «Society 5.0» ermöglicht. Mit diesem Programm wurden die einschlägigen Probleme der Alterung der Bevölkerung, des Rückgangs der erwerbstätigen Bevölkerung, des Fachkräftemangels, der steigenden Sozialkosten und der Produktivitätsstagnation unter staatlicher Überregulierung angegangen.

Dies gelang durch Produktivitätssteigerungen mit Modernisierung der Industrie, Innovationen, neuen Technologien, Automatisierung und KI sowie durch Förderung von Arbeitsanreizen. Dabei erhöhte sich der Wohlstand in Japan, gemessen am realen BIP pro Kopf, nach 2010 gesamthaft immerhin noch um 5 bis 7 Prozent, resultierend in einem durchschnittlichen jährlichen realen BIP-pro-Kopf-Wachstum von 0,3 bis 0,4 Prozent.

Durch das 2010 umgesetzte Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell konnte Japan die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen einer rückläufigen demografischen Entwicklung zu einem guten Teil kompensieren. Gleichzeitig verzichtete das Land auf eine die gesellschaftliche Homogenität und Solidarität gefährdende substanziellere Zuwande-

rung und ein ressourcenverzehrendes wirtschaftliches Breitenwachstum.

Entscheidend waren vorab technologie- und innovationsbasierte Produktivitätserhöhungen, aber auch anreizgesteuerte Arbeitszeitsteigerungen der erwerbsfähigen Bevölkerung. Dazu gehörten namentlich die Erhöhung des Pensionierungsalters und der (Teilzeit-) Arbeitspensen. Im Effekt konnte ein, wenn auch bescheidenes, Wirtschaftswachstum in die Tiefe und Breite erzielt werden.

Eine gangbare Alternative

Viele etabliertere und wohlhabendere liberale Demokratien, vorab in Europa, sind derzeit (noch) einem Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell mit substanziellerer Zuwanderung und einem primär quantitativen Wirtschaftswachstum in die Breite verhaftet. Dies trifft nicht nur für die grossen Länder Europas, Deutschland, Frankreich, das Vereinigte Königreich und Spanien, zu. Es gilt auch für kleinere Länder wie die Schweiz. Hier stimmte eine gewichtige Minderheit von 45 Prozent für die Nachhaltigkeitsinitiative der SVP und scheint damit ein primär qualitatives, produktivitätsförderndes Wachstumsmodell mit geringerer (gesteuerter und kontrollierter) Zuwanderung zu befürworten.

Kaum bestreitbar ist aus ökonomischer Sicht, wie Milton Friedman bereits in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts feststellte, dass in wohlhabenderen Ländern mit ausgebauten Sozialsystemen ohne Steuerung und Kontrolle der Zuwanderung finanzielle Anreize zu überbordender (arbeitsbedingter, asylmässiger und illegaler) Immigration geschaffen werden. Die derart anreizgetriebene übermässige Zuwanderung führt mit der Zeit zu einer Überlastung von Infrastrukturen und Sozialsystemen. Aus gesellschaftspolitischer Sicht resultiert eine Erschwerung der Integration der Zuwanderer sowie der gesellschaftlichen Homogenität und Solidarität insgesamt. Problemverschärfend wirkt sich dabei die substanzielle Immigration aus andersartigen Kulturkreisen mit erschwelter Integrationsfähigkeit der Immigranten aus.

Aufschlussreich zum Modellvergleich ist eine grobe Gegenüberstellung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Schweiz und in Japan ab dem Jahr 2010. In den rund 15 Jahren bis 2025 zeigte sich in beiden Ländern eine moderate und akzeptable Differenz des Produktivitäts- und Wohlstandswachstums. Das reale BIP-pro-Kopf-Wachstum erreichte in der Schweiz rund 9 Prozent, durchschnittlich 0,6 pro Jahr. In Japan waren es 5 bis 7 Prozent, um 0,3 bis 0,4 per annum.

Damit wurde in Japan der Haupteinwand weitgehend widerlegt, Wohlstandswachstum sei ohne substanzielleres Bevölkerungswachstum nicht (mehr) möglich. In den gegebenen 15 Jahren konnte in der Schweiz ein reales BIP-Wachstum von rund 19 Prozent (1,2 pro Jahr) erzielt werden – mit einer substanzielleren jährlichen Zuwanderung von rund 1 Prozent der Bevölkerung.

Das zuwanderungsgestützte BIP-(Breiten-)Wachstum in der Schweiz verursachte jedoch einen erheblichen, von einer gewichtigen Minderheit des Stimmvolkes abgelehnten Dichte-, Integrations- und Solidaritätsstress. Dagegen erreichte Japan mit einer Bevölkerungsabnahme von 5 Millionen ein reales BIP-Wachstum von 10 bis 12 Prozent (0,6 bis 0,8 p. a.).

Wie das Chaos ausbleibt

Entgegen den Behauptungen der Zuwanderungsbefürworter in der Schweiz erzeugt das japanische Modell selbst bei recht konsequenten Zuwanderungsbeschränkungen keinen direkten Wohlstandsverlust und kein «Chaos». Dies trifft jedenfalls zu, soweit geeignete, demokratisch legitimierte, staatliche Zuwanderungsregelungen, Steuerungsmassnahmen zur Produktivitätssteigerung und zur Arbeitszeiterhöhung wie in Japan unter dem Konzept «Society 5.0» implementiert werden.

So scheint es mehr als vertretbar, eine beschränkte Reduktion der Wohlstandszunahme als «Risikoprämie» in Kauf zu nehmen, um die negativen und gesellschaftsdestabilisierenden Auswirkungen einer substanzielleren, kaum gesteuerten und kontrollierten Immigration zu vermeiden.

Die negativen Auswirkungen einer überbordenden Zuwanderung dürften sich in vielen reicheren liberalen Demokratien verstärken, wenn geeignete Gegenmassnahmen ausbleiben. Eine solche Immigration führt in den betroffenen liberalen Demokratien regelmässig zu gesellschaftlicher Destabilisierung, sozialer Desintegration, verminderter gesellschaftlicher Homogenität und Solidarität und letztlich zu reduzierter Resilienz der gesamten liberaldemokratischen Gesellschaftsordnungen.

Die negativen Auswirkungen einer übermässigen Zuwanderung werden kaum durch eine erhöhte, mit Breitenwachstum ermöglichte wirtschaftliche und militärische Potenz aufgewogen, welche in einem unfreundlichen, durch Machtpolitik geprägten geopolitischen Umfeld allerdings notwendig wird.

Jürg Hartmann ist Jurist und war in Zürich als Wirtschafts-anwalt tätig.